

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.

**STANDPUNKTE 2005**

***Was uns wichtig ist***

***Die AWO zur Bundestagswahl 2005***



# Was uns wichtig ist

## Die AWO zur Bundestagswahl 2005

### Inhalt:

	Seite
1. Zusammenhalt, Solidarität und gemeinsame Verantwortung sichern .....	3
2. Arbeit schaffen .....	3
3. Kindern und Jugendlichen eine Zukunft geben. Bildung und Ausbildung sind die beste Armutsprävention .....	3
4. Die Förderung von Familien sichert unser Gemeinwesen .....	4
5. Die ältere Generation achten .....	4
6. Kranken- und Pflegeversicherung als Bürgerversicherung weiterentwickeln .....	4
7. Integration von Migrantinnen und Migranten hilft allen .....	5
8. Demokratie und Sozialstaat sind ohne bürgerschaftliches Engagement nicht stabil und lebendig .....	5

### Impressum

Herausgeber: AWO Bundesverband e.V.  
Verantwortlich: Rainer Brückers, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

© AWO Bundesverband e.V.  
Postfach 41 01 63, 53012 Bonn  
Oppelner Str. 130, 53119 Bonn  
Telefon: 02 28/66 85-0; Fax: 02 28/66 85-2 09  
E-Mail: infoawobu.awo.org  
<http://www.awo.org>

Juli 2005

Abdruck, auch in Auszügen, nur mit Nennung der Quelle. Alle Rechte vorbehalten.

## **Was uns wichtig ist.**

### **Die AWO zur Bundestagswahl 2005.**

#### **1. Zusammenhalt, Solidarität und gemeinsame Verantwortung sichern.**

Unser Land und seine Menschen haben in den vergangenen Jahrzehnten enorme Aufbauleistungen vollbracht. Die europäische Zusammenarbeit hat uns dauerhaften Frieden und wirtschaftliche Kraft gegeben. Dies hat die Demokratie und den sozialen Fortschritt in Deutschland weiterentwickelt und stabilisiert. Für den Erhalt des inneren und des äußeren Friedens tragen alle gesellschaftlichen Kräfte, be-

sonders in Politik und Wirtschaft, gemeinsame Verantwortung. Deshalb braucht unser Land eine Politik der Völkerverständigung und des sozialen Ausgleichs. Solidarität und Gerechtigkeit müssen deutlich in den Mittelpunkt von politischen und gesellschaftlichen Prozessen treten. Eine Kultur der Partizipation und die Stärkung der Zivilgesellschaft müssen diesen Weg untermauern.

#### **2. Arbeit schaffen.**

Arbeit dient der Sicherung menschenwürdiger Lebensbedingungen. Alle Anstrengungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sind auf die Schaffung von mehr Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu konzentrieren, um die mit den massiven Problemen am Arbeitsmarkt verbundenen Belastungen für die Menschen, für die Volkswirtschaft, für den Staat und für die Sozialsysteme zu verringern. Die begonnenen Arbeitsmarktreformen waren ein wichtiger Schritt. Die AWO hat das Sozialmonitoring der Bundesregierung aktiv begleitet. Korrekturen in der Gesetzgebung wie die bereits umgesetzte Verlängerung der Zahldauer des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitslose sind zügig auf den Weg zu bringen. Arbeitsmarktförderungsinstrumente für Zusatzbeschäftigungen sind zielgerichtet und korrekt einzusetzen. Die AWO hat sich in einer Verpflichtungserklärung ausdrücklich dazu bekannt. Missbrauch dieses Förderinstrumentes ist entschieden zu bekämpfen und öffentlich zu machen.

Die Anstrengungen bei der praktischen Umsetzung der Arbeitsmarktreformen müssen bei der Bundesagentur, gemeinsamen Arbeitsgemeinschaften mit den Stadt- und Landkreisen, aber auch bei den selbstständig agierenden Optionsgemeinden verstärkt werden. Das hat allerdings weniger mit Gesetzgebung als mit einer flexibleren Gestaltung der Vermittlungsbemühungen vor Ort sowie einer regional und auf den Einzelfall angepassten Nutzung der Förderinstrumente zu tun. Vor allem die Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen und von jungen Arbeitslosen ist weiter zu fördern und effizienter zu gestalten.

Staat und Wirtschaft müssen diesen Prozess durch gezielte Wirtschaftsförderung unterstützen, in deren Mittelpunkt die Sicherung und der Ausbau der Arbeitsplätze in Deutschland stehen. Die eingeleitete Bekämpfung der Schwarzarbeit und der Steuerhinterziehung muss intensiviert werden.

#### **3. Kindern und Jugendlichen eine Zukunft geben. Bildung und Ausbildung sind die beste Armutsprävention.**

Auch in der – jedenfalls im internationalen Vergleich – als grundsätzlich wohlhabend einzustufenden deutschen Gesellschaft klaffen Armut und Reichtum immer weiter auseinander. Das ist nicht hinnehmbar. Wie dem jüngsten Armuts- und Reichtumsbericht zu entnehmen ist, sind vor allem die allein Er-

ziehenden und die bildungsfernen Schichten von Armut betroffen. Es ist ein Skandal, dass heute ca. 10 % aller Jugendlichen keinen Hauptschulabschluss haben; bei jugendlichen Migranten sind es sogar ca. 18 %. Aber auch junge Menschen mit Schulabschlüssen weisen häufig elementare Bil-

dungsdefizite auf. Dies alles erschwert den Zugang zu Ausbildungs- und Arbeitsplätzen und schafft enorme soziale Belastungen.

Die AWO fordert daher massive Anstrengungen aller staatlichen Ebenen und der ganzen Gesellschaft, um die Hindernisse zu überwinden, die jungen Menschen die Wahrnehmung ihrer Chancen für Bildung und Ausbildung erschweren. Das beginnt im Elternhaus, bei der Vereinbarung von Erziehung und Beruf für Eltern, im Vorschul- und Schulbereich, bei den Ausbildungs- und Weiterbildungsstrukturen und setzt sich an den Hochschulen fort. Der Zugang zu

den bestmöglichen Bildungs-, Betreuungs-, Erziehungs- und Ausbildungsmöglichkeiten muss von Anfang an kostenfrei sein. Vorschulische Einrichtungen sind ebenso wie Schulen als ganztägige Angebote auszubauen.

Der im Rahmen der Föderalismusreform behindernde Kompetenzstreit zwischen Bund und Ländern muss beendet werden. Er darf nicht weiter auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen ausgetragen werden. Bildung muss Bundesangelegenheit werden, deren Ausführung und Ausgestaltung in der Autonomie der Bildungsträger zu liegen hat.

#### **4. Die Förderung von Familien sichert unser Gemeinwesen.**

Die Förderung der Familien, die Stärkung ihrer Erziehungskompetenz, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind Grundpfeiler für den Fortbestand unseres Gemeinwesens und seines sozialen Zusammenhalts. Der begonnene Weg für eine Verbesserung der Infrastruktur für Familien (Kinderbetreuung, Kindertageseinrichtungen, Familienbildung, Ganztagschulangebote, gesundheitliche Förde-

rung und Prävention, Mutter-/Vater-/Kind-Kuren usw.) ist fortzusetzen und hat eindeutig Vorrang vor dem weiteren Ausbau der materiellen Förderung von Kindern und Familien. Im Rahmen kommunaler Netzwerke sollte die Wirtschaft in diesem Sinne Mitverantwortung für unser Gemeinwesen übernehmen. Das Ehegattensplitting ist schrittweise abzuschaffen.

#### **5. Die ältere Generation achten.**

Die Menschen in Deutschland werden im Durchschnitt immer älter – darüber freuen wir uns. Staat und Gesellschaft haben sich aber auch den damit verbundenen Herausforderungen zu stellen. Die Rente muss auch für künftige Generationen stabil und berechenbar gestaltet werden. Dass dabei auch auf einen Anteil privater Vorsorge gesetzt wird, entspricht der notwendigen Mitverantwortung. Kranken- und Pflegeversicherungs-Leistungen dürfen nicht noch weiter eingeschränkt werden.

Eine besondere Herausforderung ist das Wohnen im Alter. Wir wollen, dass die älteren Menschen so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung wohnen können. Dafür müssen aber die Wohnbedingungen alters- und behindertengerecht gestaltet und die Betreuungsleistungen gesichert werden. Hier sind neue Anstrengungen erforderlich, die auch durch Kooperationen mit den Wohnungsgesellschaften und anderen vorangebracht werden sollen.

#### **6. Kranken- und Pflegeversicherung als Bürgerversicherung weiterentwickeln.**

Die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) ist – ggf. stufenweise – zu einer solidarischen Bürgerversicherung weiterzuentwickeln, um alle Menschen in Deutschland in die Leistungen, aber auch in die leistungsgerechte Finanzierung einzubeziehen. Neben Arbeitseinkommen gehören auch andere Einkommenstatbestände (z. B. aus Kapitalvermögen) in die Beitragsbemessung.

Die AWO als „Erfinderin“ des heute geltenden Pflegeversicherungssystems fordert, auch diesen Versicherungszweig als Bürgerversicherung zu gestalten. Die Leistungen der Pflegeversicherung sind zu dynamisieren und insbesondere dort auszubauen, wo neue Pflegeaufgaben (z. B. für Demenzkranke) dies erfordern.

## 7. Integration von Migrantinnen und Migranten hilft allen.

Nach einem für die Menschen unverständlichen politischen Gezerre gibt es mit dem neuen Zuwanderungsrecht nun eine verbesserte und sichere Rechtsgrundlage für Zuwanderer. Dabei wird die Integration zu Recht als wichtige Aufgabe in das Zentrum aller Anstrengungen gerückt, weil sie die humanitäre Antwort auf die Migration und ihre Hintergründe ist. Sie darf sich aber nicht auf Neuzuwanderer beschränken, sondern muss die Defizite von bereits eingewanderten Migrantinnen und Migranten beheben. Die AWO als einer der größten Träger von Integrationsaufgaben in Deutschland stellt sich mit ihrer Kompetenz wie bisher engagiert in den Dienst der Sache für Migrantinnen und Migranten.

Der Staat hat die materiellen und strukturellen Grundlagen für die Integration bereitzustellen. Der

Bund hat diese Verantwortung weitgehend wahr- genommen, die Ländern dürfen ihre restriktive Haltung nicht fortsetzen. Denn Integration hilft allen, weil sie dazu beiträgt, individuelle und gemeinwesenbezogene soziale Belastungen ab- zubauen, die demografische Entwicklung positiv zu beeinflussen und die Gesellschaft zusammen- zuhalten.

Sprachförderung ist die wichtigste Maßnahme zur Integration. Das gilt vor allem für Kinder, damit sich migrationsbedingte Probleme nicht bereits im Kindesalter verfestigen. Wir erwarten aber auch, dass Migrantinnen und Migranten die Angebote nutzen und die Regeln unseres Gemeinwesens ak- zeptieren.

## 8. Demokratie und Sozialstaat sind ohne bürgerschaftliches Engagement nicht stabil und lebendig.

Demokratie lebt von Partizipation und bedarf daher einer aktiven Zivilgesellschaft. Vereine und Verbände und das bürgerschaftliche Engagement sind wichtige Faktoren zur Stabilisierung gesellschaftlicher Strukturen und drücken gelebte Mitverantwortung aus. Bund, Länder und Kommunen müssen hierfür die angemessenen Rahmenbedingungen schaffen, innerhalb derer diese Säule unseres Gemeinwesens sich frei entfalten kann.

Dazu sind das Vereins- und das Gemeinnützigkeitsrecht durch Abbau bürokratischer Vorgaben so zu vereinfachen, dass sie die ehrenamtliche Arbeit nicht behindern. Das Stiftungsrecht, das in den letzten Jahren positiv gesetzlich weiterentwickelt wurde, hat privates Engagement nachhaltig befördert.

Auch Europa muss die soziale Eigenverantwortung seiner Bürgerinnen und Bürger fördern und deren Aktivitäten nicht nur nach gewerblichen Wettbewerbskriterien beurteilen. Deshalb müssen sich auch die Strukturen und die Aufgaben der Wohlfahrtsverbände in ein europäisches Sozialstaatsmodell integrieren lassen. Das gilt auch für die sogenannte Dienstleistungsrichtlinie.

Unabhängig von der weiteren Entwicklung der Wehr- und damit der Zivildienstpflicht müssen die Freiwilligendienste ausgebaut werden. Dazu gehört in erster Linie die Stärkung des Freiwilligen Sozialen Jahres, das jungen Menschen Sozial-, Bildungs- und Engagement-Erfahrungen bietet. Der modellhaft begonnene Aufbau generationsübergreifender Freiwilligendienste ist fortzusetzen. Diese „Brücke zwischen den Generationen“ hat eine wichtige Funktion in den nächsten Jahrzehnten.

Auch die Strukturen zur Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements – wie das Bundesnetzwerk und die Freiwilligenagenturen müssen ausgebaut werden.

**Politik, Gesellschaft und Wirtschaft müssen gemeinsam daran arbeiten, Deutschland wirtschaftlich stark zu halten, den sozialen Zusammenhalt zu sichern und diese Grundlagen auch für die kommenden Generationen zu gewährleisten.**

**Die AWO arbeitet daran aktiv mit.**